

Brief von Stephan Bickhardt und Martin Böttger vom 25.6.1985 an die Teilnehmer eines  
Abrüstungskongresses

Als Stephan Bickhardt und Martin Böttger im Juni 1985 zu einem Kongress der internationalen Friedensbewegung nach Amsterdam reisen wollten, wurde ihnen die Reise nicht gestattet. In einem Brief an die Teilnehmer des Kongresses berichteten sie von ihren Erfahrungen mit den DDR-Behörden.

Stephan Bickhardt  
1055 Berlin(DDR)  
Knaackstr. 34

Martin Böttger  
1040 Berlin(DDR)  
Am Zirkus 6

Berlin, den 25.6.1985

KALTE DUSCHE FÜR HEISSE BEMÜHUNGEN  
Über den Versuch, einen Reisepaß zu erhalten

Liebe Teilnehmer des 4. Kongresses über atomare Abrüstung  
in Europa in Amsterdam!

Vor einigen Tagen erhielten wir die Einladung zum END-Kongreß vom 3. bis 6. Juli nach Amsterdam. Wir möchten Euch von unseren Bemühungen um eine Teilnahme an der Konferenz berichten.

Mit der Einladung in der Hand gingen wir zunächst zum Ministerium des Innern, weil es für Paß- und Visaangelegenheiten zuständig ist. In der Abteilung für Paß- und Ausländerangelegenheiten erfuhren wir von einem Hauptmann der Volkspolizei, daß es nur zwei Möglichkeiten für Fahrten in das nichtsozialistische Ausland gibt: 1. dringende Familienangelegenheiten und 2. Dienstreisen. Unsere Teilnahme an dem Kongreß wäre nur als Dienstreise möglich. Voraussetzung dazu wäre, daß wir von einem "staatlichen oder gesellschaftlichen Organ bzw. Behörde" delegiert würden. In unserem Falle käme dafür der Friedensrat in Frage. Ausdrücklich betonte er, daß die Kirchen in diesem Sinne nicht als Behörden anerkannt würden. Er verwies uns an den Friedensrat, der für die Entsendung von DDR-Bürgern zu Friedenskonferenzen zuständig sei. Auf unsere Anfrage, wie das persönliche Friedensengagement Einzelner auf internationaler Ebene und unsere Teilnahme an dem Kongreß unterstützt und ermöglicht werden könnte, antwortete er, daß es nur die beiden genannten Wege ins westliche Ausland gibt. Unser Hinweis, daß die Arbeitsgruppe "A- und C-waffenfreie Zonen in Mitteleuropa und der besondere Beitrag der beiden deutschen Staaten" nach der jüngsten gemeinsamen Initiative von SED und SPD zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein aktueller Arbeitsschwerpunkt für uns alle ist und deshalb eine Sonderregelung für unsere Reise gefunden werden müßte, führte zu fortwährender Wiederholung

-2-

-2-

der eingangs genannten Reismöglichkeiten. Nach seinen Aussagen würde es keine kompetente Stelle für eine Sonderregelung geben.

Unser Gesprächspartner in der Uniform eines Hauptmanns der VP war auch nach unserer ausdrücklichen Aufforderung, seinen Namen zu nennen, nicht bereit, sich vorzustellen. Stattdessen notierte er sich unsere Namen und Adressen. Wir fühlen uns und unser Friedensengagement durch diese Behandlung diskreditiert. Die Verhinderung der Reise- und Begegnungsmöglichkeiten bedeutet in diesem Falle ein Ignorieren des Teiles der europäischen Friedensbewegung, der in Amsterdam vertreten sein wird.

Obwohl wir diese schlechte Erfahrung machen mußten, versuchten wir anschließend, beim Friedensrat vorzusprechen. Das Ergebnis war noch entmutigender. Und gelang es nicht einmal, den sehr unfreundlichen Pförtner zu bewegen, uns mit der außenpolitischen Abteilung des Friedensrates telephonisch zu verbinden. Er erklärte, daß der Friedensrat nicht für Reise genehmigungen zuständig ist und weigerte sich, inhaltliche Hinweise anzuhören. Nicht einmal einen Termin für ein Gespräch war er bereit zu vermitteln. Sein unverschämtes Verhalten entsetzte uns. In der Arbeit des Friedensrates wird eine erhebliche Diskrepanz zwischen zuvorkommendem internationalem Auftreten und zurückweisenden Verhalten gegenüber Bürgern des eigenen Landes deutlich.

Im allgemeinen müssen wir beklagen, daß die offiziellen Friedensbemühungen unseres Staates auf internationaler Ebene durch die uns und anderen Freunden der Friedensbewegung widerfahrene Behandlung unglaublich werden und sich somit selbst zugleich konterkarieren.

Gern hätten wir mit Euch über A- und C-waffenfreie Zonen in Mitteleuropa und auch über neutrale Zonen diskutiert. Wir bitten Euch, als unseren Beitrag unsere "Initiative für Blockfreiheit in Europa" vom Mai 1985 in die Diskussion einzubeziehen. Solidarisch sind wir mit Euch verbunden und warten auf die Ergebnisse Eurer und unserer Konferenz. Auch auf die nächste Konferenz 1986 werden wir uns vorbereiten und, falls wir rechtzeitig eingeladen werden, uns um eine Teilnahme bemühen.

In der Hoffnung auf ein Europa ohne Massenvernichtungsmittel und in Blockfreiheit grüßen Euch herzlich

*Martin Böttger*

*Stephan Bickhardt*